

## **Laudatio zur Verleihung des Julius-Rumpf-Preises 2026 an das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. Wurzen**

Wir verleihen heute einen Preis, der – so die Satzung – „Einzelne und Gruppen würdigt“, die „in sinnvollen Projekten Strukturen der Toleranz und der gewaltfreien Konfliktlösung, der Mitmenschlichkeit und der Versöhnung“ aufbauen.

Verliehen wird dieser Preis an ein Netzwerk, das sich unter dem programmatischen Titel „Demokratische Kultur“ gestellt hat und das – so der eigene Anspruch – „Demokratie, Vielfalt und Zivilgesellschaft stärken will“ und, deshalb der Preis, tatsächlich stärkt! Ich kenne das Netzwerk seit 25 Jahren.

Dass es dieses Projekt nun schon so lange gibt, dass es sich behauptet und bewährt hat gegen vielen Widerstand und in vielen Konflikten – das sehe ich mit großem Respekt und ebenso großem Dank! Dass es dieses Projekt noch immer geben muss, das ist Anlass für Betroffenheit, für Beunruhigung.

Als das Netzwerk 1999 gegründet wurde, von einer Handvoll Jugendlicher, vom Punker bis zum Mitglied der Jungen Gemeinde (so steht es auf der Homepage), war dies eine Reaktion auf die zunehmende rechte Gewalt in Wurzen (und nicht nur in dieser Stadt) in den 90er Jahren. Das waren die Baseballschläger-Jahre, die Zeit der Glatzen, der NPD-Kameradschaften, die Zeit atmosphärischer und physischer Gewalt – und des Desinteresses daran, der Abwiegung und der Beschönigung durch lokale Politiker. Die jungen Leute wurden als Nestbeschmutzer beschimpft und ich auch, der sie besuchte. Dagegen richtete sich eine Initiative, der es programmatisch um demokratische Kultur (Betonung auf beiden Begriffen) ging.

Was ist erreicht? Hat sich die Situation, die Atmosphäre geändert, gar verbessert? Wie das in Wurzen aussieht, werden die Akteure des Netzwerkes sagen können. Wie sieht es in unserem Land insgesamt aus, wie steht es gegenwärtig um unsere demokratische Kultur? Ich fürchte, wir sind uns einig im Gefühl der Besorgnis, der Beunruhigung. Der Publizist Michael Friedmann hat sie kürzlich in die Frage gekleidet: „Können wir sicher sein, dass wir in 10 oder 20 Jahren noch in einer Demokratie leben?“

Die Meinungsumfragen, von denen es ja fast täglich eine gibt, zeigen ein durchaus widersprüchliches Bild. Eine große Mehrheit verkündet ihre prinzipielle Zustimmung zur Demokratie. Demokratie sei gut. Ein prinzipielles Ja. Das könnte uns beruhigen. Aber dann sagen fast ebenso viele, vielleicht sogar noch mehr: Im Konkreten sind wir ganz unzufrieden, wie die Demokratie abläuft. Was in der Politik passiert, in der demokratischen Politik, damit sind wir nicht einverstanden.

Und das ist nicht nur Kritik, sondern wir erleben das doch auch in den täglichen Nachrichten, in den Gesprächen, in dem, was als Stimmung in dieser Gesellschaft vorhanden ist. Wir erleben einen geradezu dramatischen Vertrauensverlust in die Institutionen der Demokratie und in die demokratischen Akteure.

Hass gegen Politiker nimmt zu – und zwar nicht nur gegen die da ganz oben auf der Ebene des Bundes, sondern auch gegen Kommunalpolitiker, gegen Nachbarn, die sich in der Kommune demokratisch engagieren. Und das geht bis zu Gewalttaten – auch nicht nur gegen Politiker, sondern gegen Sanitäter, gegen Hilfskräfte, Feuerwehrleute. Eine beunruhigende Atmosphäre.

Wie groß ist die Gefahr für unsere Demokratie und für unseren demokratischen Zusammenhalt? Anlass für apokalyptische Untergangsstimmung?

Und liegt die Demokratiekrise, von der man spricht – das Wort Krise ist ja schon fast übernutzt – liegt sie einfach an den Regierenden? An deren Dummheit, deren Unfähigkeit, dem ständigen Streit in den Regierungen?

Nun, wenn wir uns ringsum schauen, dann sehen wir – und das ist kein Trost –, dass unsere Art der uns so selbstverständlich gewordenen Demokratie – die liberale, rechtsstaatliche und sozialstaatliche Demokratie – nicht die Regel in der Welt ist, sondern die Ausnahme.

Über 70 Prozent der Weltbevölkerung leben nicht in einer Demokratie, in der man streitet, sondern in autoritären Staaten bis hin zu Diktaturen!

Und wenn wir in die USA schauen, dann sind wir Zeitzeugen. In Echtzeit können wir erleben, wie innerhalb einer Demokratie ihre Zerstörung stattfindet. Da ist durch demokratische Wahlen ein Lügner und Betrüger, ein Rassist und Sexist an die Macht gekommen, und er nutzt sie jetzt, um Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit einzuschränken. (Und wir wissen: Was in den USA stattfindet, kommt irgendwann bei uns auch an. Hoffentlich diesmal nicht.)

Ich nehme die USA als Beispiel und frage mich: Wenn das so ist, dann kann es nicht nur innerdeutsche Ursachen geben – die Dummheit unserer Regierung oder weil sie so schlecht ist. Damit könnten wir zurande kommen. Dann könnten wir sie abwählen und alles wäre gelöst.

Nein, nein. Es geht um tiefere Ursachen.

Wir leben in einer geradezu dramatischen Zeit der Gleichzeitigkeit von Reformnotwendigkeiten und Krisen und Kriegen, von brutalen Veränderungen. Die künstliche Intelligenz, die Digitalisierung, die unsere Art des Produzierens und Kommunizierens verändert. Die ökologische Herausforderung, die längst nicht bewältigt ist. Demographische Probleme. Die Migration. Alles gleichzeitig.

Wo Politik in der problematischen Situation ist, dass die Lösung eines Problems zur Verschärfung eines anderen führt. Wo es jedenfalls keine leichten Lösungen gibt.

Und genau diese Situation dramatischer Veränderungen und Krisen, die wie ein Berg von Ungelöstem erscheint, erzeugt etwas, was man menschlich sehr gut verstehen kann: nämlich Ängste. Zukunftsängste, Abstiegsängste, Befürchtungen vor Heimatverlust, Unsicherheiten vieler Art.

Und damit das menschliche Bedürfnis nach einfachen, klaren, schnellen, möglichst schmerzlosen Antworten und Lösungen der Probleme. Gewissermaßen nach Wundern. Das Bedürfnis nach dem starken Mann, nach dem Alexander, der den gordischen Knoten durchschlägt.

Das ist verständlich – und gefährlich zugleich.

Unsere Zeiten sind Zeiten für Populisten, die einfache und schnelle Lösungen versprechen. Und wir erleben ringsum, in all unseren Demokratien, das Erstarken von populistischen Kräften, von extremistischen Parteien.

Die Ungeduld von Menschen ist verständlich. Aber – das ist mir wichtig zu sagen – die Demokratie ist langsam. Sie muss langsam sein, damit an ihren Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen möglichst viele, die es wollen, sich beteiligen können.

Das kostet Zeit. Das kostet Nerven. Das erzeugt Ungeduld.

Die wirkliche Demokratie ist keine Talkshow, sie ist keine Veranstaltung von Wundern, sondern die wirkliche Demokratie ist grau, hässlich, schweißtreibend und enttäuschungsbehaftet.

Denn Demokratie – das ist mehr als Wahlen, mehr als Mehrheitsentscheidungen, mehr als die einfache Vorstellung von Volksherrschaft. Das Volk übrigens gibt es immer nur im Plural. Es gibt nicht das Volk, sondern viele Menschen mit unterschiedlichen Interessen, Erfahrungen und Perspektiven.

Zur Demokratie gehören Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Justiz, freie Medien, Minderheitenrechte!

Und nüchtern betrachtet ist Demokratie ein Gefüge von Institutionen und ein Regelwerk, die genutzt werden wollen. Die zur Teilhabe einladen. Zum Mitmischen. Zum Engagement. Und damit eben auch zum Streit.

Dadurch erst wird Demokratie – pathetisch gesagt – zur politischen Lebensform der Freiheit.

Engagement, Einmischung, Bereitschaft zum fairen Streit, Respekt vor anderer Meinung, Berücksichtigung anderer Interessen – erst diese demokratischen Tugenden (wenn ich dieses altmodische Wort verwenden darf) machen Demokratie möglich und lebendig, machen das aus, was demokratische Kultur heißen darf!

Und die ist so ziemlich das genaue Gegenteil einer konsumistischen Einstellung: Die da oben, die Politik, die Politiker sollen gefälligst liefern, was ich von ihnen verlange, was ich mir wünsche. „Deliverism“ heißt das Fachwort dafür. Wenn der Staat, die Politik nicht so liefert, wie verlangt, dann verachtet man deren Personal. So wird der aktive Staatsbürger reduziert und verwandelt in den bloßen Konsumenten, der Citoyen wird zum schäbigen Bourgeois! Wir erleben das gerade massenhaft.

Ja, gewiss und aber: Politik soll etwas leisten, nämlich Probleme lösen oder jedenfalls verringern, die uns quälen. Veränderungen und Reformen sind notwendig – und der Streit über ihr Wie und Wen betreffend ist unvermeidlich. Ja, gewiss: Demokratische Politiker, egal auf welcher politischen Ebene, müssen zeigen, dass sie die wirklichen Sorgen der Menschen ernst nehmen und dafür glaubwürdige und vor allem realisierbare Lösungen bieten. Ja und Ja!

Aber ich fürchte: Die Erwartungen, Hoffnungen, Forderungen (so verständlich sie sein mögen), die Politik, die da oben sollen es richten, sollen im Grunde Wunder vollbringen – diese Erwartungen und Hoffnungen und Forderungen könnten sich auf autoritäre Weise als gefährlich illusionär erweisen!

Denn es gibt keine Politik – jedenfalls nicht in unseren dramatischen Zeiten der Gleichzeitigkeit von Krisen und Kriegen und geradezu revolutionären Veränderungen – die so gut wäre, dass sie keine Schmerzen verursachte. Die so gut sein kann, dass sie die Ungeduld und Unsicherheit und Wut vollends befrieden könnte. Zumal die Empörungsunternehmer in den asozialen Medien ihr wirksames Werk tun – nämlich die Pflege von Ressentiments, die Zerstörung von nüchterner Problemwahrnehmung, die Erzeugung des Wunsches nach Zerstörung des „Systems“, nach „Disruption“, die Bestätigung von Vorurteilen und ihrer Verstärkung zu Hass auf die „Schuldigen“, also die Anderen: die Demokraten, die Minderheiten, die Fremden.

Ja, ich sage es noch einmal und ausdrücklich: Demokratische Politik hat – zumal auf der Bundesebene – die Aufgabe, sich auf die unbedingt notwendigen Reformen zu einigen und sie ins Werk zu setzen. Aber auch wenn das gelingt, und ich hoffe, dass es gelingt, Schritt für Schritt: Es wird nicht reichen, es wird keine Wunder geben, um die Demokratie zu verteidigen.

Und damit bin ich wieder beim Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzeln. Entscheidend wird und bleibt die demokratische Alltagskultur, die alltägliche Gegenwehr gegen Demokratieresignation und Demokratiefreundschaft, gegen Rassismus und Antisemitismus. Entscheidend bleibt, vor Ort Demokratie zu leben – mit dem Mut und der Risikobereitschaft, die dafür gegenwärtig wohl notwendig sind.

Entscheidend sind und bleiben die Demokraten, die das Gespräch suchen und – auch in konfrontativen Situationen – durchhalten: das Gespräch mit den Nachbarn, Kollegen, Verwandten, gerade in einer Atmosphäre von Ressentiments und Hass, von Verfeindungen und latenter Gewaltbereitschaft! Das nämlich kann die professionelle Politik, können die das oben nicht leisten, weil deren Gesprächsversuche immer unter der Distanz der Vorwürfe, der Anklagen und des Hasses leiden.

Aber was Bundes- und Landes- und Kommunalpolitik kann und tun muss, das ist: die Strukturen, die Netzwerke, die Akteure der demokratischen Zivilgesellschaft zu unterstützen, zu stärken, also auch finanziell zu fördern!

Deshalb sind die vorgesehenen Kürzungen durch das zuständige Bundesministerium so falsch. Und ich fordere Ministerin Prien auf, diesen Schritt nicht zu tun – und dem Druck von rechts nicht nachzugeben! Deshalb auch ist die Entscheidung hier im Wurzener Stadtrat fatal, das NDK nicht mehr zu fördern!

Das NDK mit seinem Haus nebenan, ist ein geschützter Ort der Demokratiearbeit, des Gesprächs, der Pflege und Bildung zivilgesellschaftlichen Geistes in unwirklichen Zeiten geworden. Es verdient die politische Unterstützung hier in Wurzeln und im Land. Es verdient unsere republikanische Solidarität, wie das Matthias Brandt genannt hat.

Das NDK verdient diesen Preis, den Julius-Rumpf-Preis 2026! Er soll Sie ermuntern und ermutigen, auf so kluge und beharrliche und leidenschaftliche Weise für demokratische Kultur weiterzuarbeiten. Ich sage Euch meinen großen Respekt!